A25 Gesellschaftliches Miteinander sicherstellen - Bei Einsparungen die soziale und ökologische Zukunft unseres Landes nicht vergessen/gefährden

Gremium:	Kreisvorstand Kiel
Beschlussdatum:	25.08.2023
Tagesordnungspunkt:	5 Anträge
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Klimakrise, Pandemie, Krieg - es gibt vieles, was die Menschen bei uns im Land verunsichert. Vieles, was jede einzelne Person, aber auch Gesellschaft insgesamt in einem außerordentlichen Maß fordert. Die multiplen Krisen der letzten Jahre berühren und betreffen die Menschen in Schleswig-Holstein – seit langem wurde unsere Gesellschaft nicht so herausgefordert wie in diesen Zeiten. Diese andauernden Belastungen haben negative Auswirkungen auf die Gesundheit. Von psychischen Belastungen, wie z.B. Depressionen, Angststörungen etc. bis hin zu körperlichen Auswirkungen, wie Long-Covid.

Hinzu kommt, dass diese Dauerbelastung auch Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander hat.Durch die Inflation sind in allen Lebensbereichen die Kosten angestiegen. Die Frage der Existenzsicherung ist in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Immer mehr Menschen sind komplett oder teilweise auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen. Immer mehr werden in absehbarer Zukunft auf diese Angebote zurückgreifen müssen. Das führt dazu, dass soziale Unsicherheiten steigen, dass sich die Unterschiede zwischen sozialen Gruppen ausweiten und sich die eigenen Lebensumstände unverschuldet verändern können. Gleichzeitig werden die Auswirkungen des Klimawandels von Jahr zu Jahr immer sichtbarer – auch bei uns in Schleswig-Holstein. Hinzukommt die Abnahme der Biodiversität, hervorgerufen durch den Klimawandel, die Nutzungsintensivierung in der Landwirtschaft, Entwässerung, Versiegelung und die Intensität der Meeresnutzung.

Alle Generationen und nahezu alle Bereiche der Gesellschaft sind davon betroffen und in dieser Zeit wird sichtbar, wie stark die sozialen Systeme gefordert werden und welche Bedeutung der Sozialstaat aktuell hat aber auch dass der Staat gefragt ist, die Leitplanken für die Bekämpfung der Klimakrise vorzugeben.

Die soziale Sicherung ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Dadurch soll Gerechtigkeit geschaffen, der Zusammenhalt unserer Gesellschaft gestärkt und Verlässlichkeit in Krisenzeiten geschaffen werden. Soziale Sicherungen und die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sind die Elemente, die wesentlich sind, um uns gegen demokratiefeindliche Bestrebungen aufzustellen und das Vertrauen in demokratische Strukturen zu erhalten. Dieser Anspruch und diese Aufgabe gilt es für alle Menschen und zu jeder Zeit zu gewährleisten.

Jahrzehntelang wurde die Klimakrise nicht ernst genommen und/oder Maßnahmen dagegen aktiv behindert. Die kommenden Jahre sind die letzte Möglichkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu übergeben. Kürzung im Bereich des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes wären deshalb fatal für Mensch und Wirtschaft.

Allerdings müssen wir anerkennen, dass viele Menschen „krisenerschöpft“ und verunsichert sind. Populist*innen machen sich das zunehmend zunutze und rücken

Teile der Gesellschaft stärker in Richtung nationale Abschottung, Nationalismus und Egoismus, mit der Folge, dass die sozialen Strukturen, die den „Kitt“ unserer Gesellschaft ausmachen, auf eine harte Probe gestellt werden.

Soziale Arbeit, Ehrenamt, Miteinander und Gemeinschaft sind dabei wichtige Elemente, ohne die unsere Gesellschaft nicht existieren kann. Und gerade in diesen Zeiten kommt es stärker denn je auf diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt an.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren viel Geld in die Hand genommen, um die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie, die Auswirkungen des Ukraine-Krieges abzufedern und den Klimaschutz im Land voranzubringen. In diesen Krisen hat sich gezeigt, wie wichtig ein aktiver, handelnder, investierenden und stützender Staat ist. Die Haushaltsmittel des Landes sind aber durch die Schuldenbremse beschränkt.

Als Grüne halten wir es für falsch, wenn wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes verhindert werden. Bis zur nächsten Bundestagswahl zeichnet sich allerdings keine Möglichkeit ab, die Schuldenbremse auf Bundesebene zu reformieren. Deshalb sind die Mittel, die das Land zu Verfügung hat, stark begrenzt.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir die anstehenden Haushaltsdebatten mit der Sorge, eine Sozialkrise dadurch auszulösen, dass im sozialen Bereich die Mittel gekürzt werden. Gleiches gilt auch für den Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Klimapolitik, die die Menschen mitnimmt und die Menschen nicht gegen sich aufbringt, ist nur Hand in Hand mit einer Sozialpolitik möglich, die die Menschen bei der ökologischen Transformation – wo nötig - unterstützt.

Deshalb ist es für uns Grüne von herausragender Bedeutung, dass wir uns ganz besonders mit Blick auf die sozialen Strukturen unseres Landes und die Bekämpfung der Klimakrise sowie die Erreichung der vereinbarten Klimaziele dafür einsetzen, dass in diesen Bereichen keine finanziellen Kürzungen vorgenommen werden dürfen. Insbesondere die Bereiche der frühkindlichen Bildung, der sozialen Arbeit, der Freiwilligendienste und des ehrenamtlichen Engagements im sozialen Bereich sowie Maßnahmen für die Energiewende, Wärmewende, Mobilitätswende, den Küsten- und Meeresschutz, der Biodiversität und des Klimaschutzes müssen von Kürzungen ausgenommen werden.

Verlässliche und verantwortungsvolle Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik bedeutet, das Heute abzusichern, damit das Morgen gestaltet werden kann. Denn alles, was wir heute im sozialen und im Umwelt- sowie Klimabereich einsparen, wird in den kommenden Jahren – wenn überhaupt möglich – mit hohen Investitionskosten verbunden sein, um es wieder aufbauen zu können.

Unterstützer*innen

Ina Hagemann (KV Kiel); Luc Richter (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Noah Dico (KV Kiel); Clara Döge (KV Kiel); Johanna Schierloh (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Philipp Walter (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Finn-Pascal Pridat (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Steffen Regis (KV Kiel); Jessica Kordouni (KV Kiel); Clara Charlotte van Biezen (KV Kiel); Nadine Mai (KV Pinneberg); Christian Osbar (KV Kiel); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Kevin Skrzypczak (KV Kiel); Franz Fischer (LV

Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Jan Kürschner (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Daniela Sonders (KV Kiel); Artur Hermanni (KV Pinneberg); Janine Blöhdorn (KV Kiel)